

Brülle, Jan; Spannagel, Dorothee

Research Report

Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie: WSI-Verteilungsbericht 2023

WSI Report, No. 90

Provided in Cooperation with:

The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Brülle, Jan; Spannagel, Dorothee (2023) : Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie: WSI-Verteilungsbericht 2023, WSI Report, No. 90, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2024020515290568713807>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/299261>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

REPORT

Nr. 90, November 2023

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ALS GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

WSI-Verteilungsbericht 2023

Jan Brülle, Dorothee Spannagel

AUF EINEN BLICK

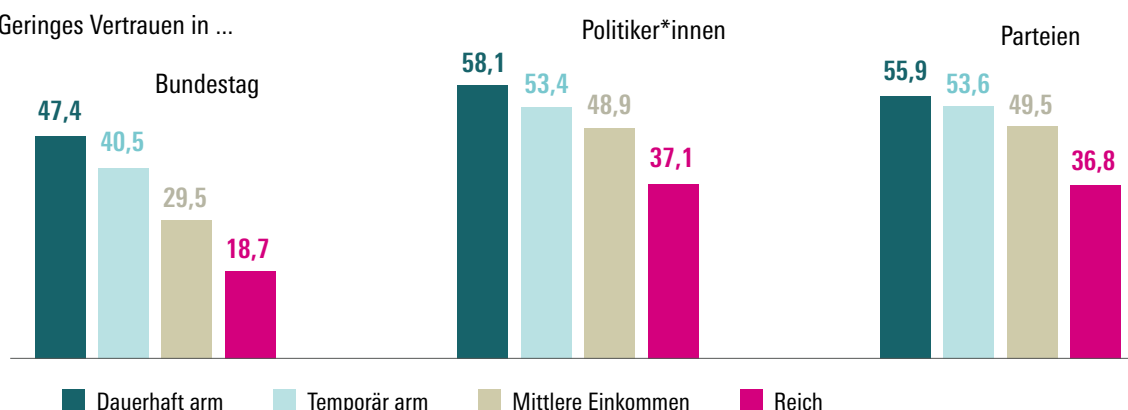
Die alltäglichen Erfahrungen und Möglichkeiten von Menschen in Deutschland hängen ganz entscheidend von ihrem Einkommen ab. Zu einem gesellschaftlichen Problem wird Einkommensungleichheit spätestens dann, wenn sie zu einer Entfremdung einzelner Gruppen vom demokratischen System beiträgt.

Ausgehend von der anhaltend hohen Einkommensungleichheit zeichnet der Verteilungsbericht unterschiedliche Lebensrealitäten von Menschen nach und verdeutlicht: Wenn sich Menschen gesellschaftlich nicht mehr wertgeschätzt fühlen und das Vertrauen in das politische System verlieren, dann leidet darunter auch die Demokratie.

Geringes Institutionenvertrauen nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent

Geringes Vertrauen in ...



Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen

INHALT

1	Einleitung	3
2	Soziale Ungleichheit: Ein Überblick	4
3	Daten und Methoden	7
4	Einkommensungleichheit in Deutschland 2010–2022	8
5	Die Einkommensgruppen im Profil	10
6	Materielle Situation, Sorgen und Zufriedenheit als Spiegel sozialer Ungleichheit	12
7	Soziale Anerkennung und Institutionenvertrauen	15
8	Ausblick und politische Implikationen	17
	Glossar	21

AUTOR:INNEN



Dr. Jan Brülle

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Referat Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
jan-bruelle@boeckler.de



Dr. Dorothee Spannagel

Referatsleiterin Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
dorothee-spannagel@boeckler.de

1 EINLEITUNG¹

Seit Jahrzehnten befindet sich die Ungleichheit in Deutschland auf einem hohen Niveau – gerade, wenn man die Zeit vor der Jahrtausendwende als Maßstab nimmt. Die letzten Jahre sind zudem von multiplen Krisen geprägt: der Corona-Pandemie ab dem Jahr 2020, der steigenden Inflation seit 2021 und aktuell der Energiekrise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine – deren Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit häufig noch uneindeutig sind. Effekte auf das Niveau der Einkommensungleichheit sind jedoch nur ein Aspekt, wie Krisen für soziale Ungleichheit relevant werden können. Auf individueller Ebene sind Ressourcen und Positionen entscheidend dafür, wie stark Menschen die Folgen der Krisen spüren und wie gut sie diese bewältigen können. Doch auch auf kollektiver Ebene spielt soziale Ungleichheit eine Rolle für die Krisenbewältigung: Effektive gesellschaftliche und politische Antworten auf Krisen setzen ein gewisses Maß an sozialem Zusammenhalt und Vertrauen voraus. Zu große soziale Ungleichheiten und ihre individuellen Folgen gefährden jedoch diese Grundlagen des demokratischen Systems. Besonders eine fehlende Anerkennung durch andere ist dabei ein Faktor, der in einem engen Zusammenhang mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie insgesamt steht (Schneickert et al. 2019). Dies ist der Hintergrund, vor dem im Verteilungsbericht die aktuell verfügbaren Zahlen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland vorgestellt werden. Darüber hinaus legen wir einen Fokus auf die Begleiterscheinungen von Ungleichheiten: Welchen Lebensstandard und welche Sorgen haben Personen aus unterschiedlichen Einkommensgruppen und wie zufrieden sind sie mit ihrem Leben? Inwiefern erleben sie gesellschaftliche Anerkennung oder eben Geringschätzung? Und inwieweit gehen Einkommensunterschiede mit einer Entfremdung von demokratischen Institutionen einher?

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: In Abschnitt 2 werden einige Grundüberlegungen zu sozialer Ungleichheit vorgestellt, um die Ergebnisse in den weiteren Kontext der längerfristigen Entwicklung der Ungleichheit in Deutschland einzubetten. Abschnitt 3 befasst sich mit den verwendeten Daten und Methoden. In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse zur Entwicklung der Einkommensverteilung seit 2010 präsentiert und Abschnitt 5 stellt die Zusammensetzung verschiedener Einkommensgruppen nach sozio-demographischen Variablen dar. In Abschnitt 6 stellen wir für die gleichen Einkommensgruppen Ergebnisse zum materiellen Lebensstandard, zu den Sorgen und der Zufriedenheit vor. Abschnitt 7 beschäftigt sich dann mit der wahrgenommenen Anerkennung durch andere und dem Vertrauen in politische Institutionen im Jahr 2021. Abschnitt 8 schließt den Bericht mit einem Ausblick auf die jüngsten Entwicklungen und politischen Handlungsempfehlungen ab.

¹ Für äußerst hilfreiche Anmerkungen geht unser großer Dank an Andreas Hövermann.

2 SOZIALE UNGLEICHHEIT: EIN ÜBERBLICK

Die ungleiche Verteilung des Zugangs zu Ressourcen und Positionen zwischen Personen und Personengruppen wird allgemein als soziale Ungleichheit bezeichnet (Böhnke et al. 2023). Der Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln, einem schönen Wohnumfeld, einem sicheren Job oder einer guten Ausbildung ist für viele Menschen eine Selbstverständlichkeit, für andere erscheinen diese Dinge unerreichbar. Finanzielle Ressourcen sind dabei Dreh- und Angelpunkt der Verteilung von Lebenschancen. Geld ist das zentrale Mittel für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen und damit ausschlaggebend für den Lebensstandard und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen.

In diesem Bericht betrachten wir sowohl die Entwicklung der Einkommensungleichheit insgesamt als auch die Situation von Personen in verschiedenen Einkommenspositionen. Wie haben sich hohe, niedrige und mittlere Einkommen entwickelt? Öffnet oder schließt sich die sprichwörtliche Schere zwischen den obersten und untersten Einkommen? Als *einkommensarm*² oder *einkommensreich* gelten Menschen, wenn Sie im Verhältnis zum gesellschaftlichen Standard besonders viel oder besonders wenig Einkommen haben. Die Betrachtung dieser Extrempositionen ist wichtig, weil Menschen gerade in den unteren Bereichen der Einkommensverteilung deutlich hinter dem Lebensstandard der Mitte der Gesellschaft zurückbleiben (Becker et al. 2022). Dagegen geht ein sehr hohes Einkommen nicht nur mit zahlreichen Möglichkeiten des Konsums und des Vermögensaufbaus einher, die anderen Gruppen verschlossen bleiben – er beschert den Reichen auch großen politischen Einfluss (Elsässer et al. 2017).³

Eine zentrale Rolle für die Verteilung von finanziellen Mitteln in unserer Gesellschaft spielen dabei Märkte: Die meisten Menschen finanzieren ihren Lebensunterhalt durch ihre eigene Arbeit und sind deshalb auf den Zugang zu sicherer und angemessen entlohnter Erwerbstätigkeit angewiesen. Aber auch der Kapitalmarkt hat gerade für die Einkommen sehr reicher Menschen eine zentrale Bedeutung. Die Regeln, nach denen diese Märkte funktionieren, werden von der Politik gesetzt, aber gerade auf dem Arbeitsmarkt spielt neben individuellen Qualifikationen und Eigenschaften auch eine

große Rolle, inwiefern Arbeitnehmer*innen in der Lage sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren und gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen. Die Ungleichheiten in den *Markteinkommen* werden zudem durch den Wohlfahrtsstaat abgemildert, indem reichere Menschen höhere Abgaben zahlen und Menschen mit niedrigen Einkommen oder Personen außerhalb des Arbeitsmarktes durch Transferleistungen wie etwa das Bürgergeld unterstützt werden.

In vielerlei Hinsicht ist Deutschland heute im Vergleich zu den 1990er Jahren ein sehr ungleiches Land. Die Ungleichheit der Einkommen hat vor allem zwischen Ende der 1990er und Mitte der 2000er Jahre stark zugenommen (Spannagel/Molitor 2019). Nach 2005 hat sich die Ungleichheit der Einkommen trotz eines stetigen Rückgangs der Arbeitslosigkeit weiter vergrößert, auch wenn sich der Anstieg der Ungleichheit in dieser Phase verlangsamt hat; sie befand sich auch am Ende dieser Dekade noch auf einem deutlich höheren Niveau als 1999. Während die untersten Einkommen in den letzten Jahrzehnten teilweise real gesunken sind, haben höhere Einkommen deutlich zugenommen (Grabka 2021). Diese Entwicklung lässt sich insbesondere auf wachsende Ungleichheiten in den *Erwerbseinkommen* zurückführen, unter anderem auf einen starken Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung zwischen Ende der 90er Jahre und Ende der 2000er Jahre (vergleiche für die strukturellen Ursachen gestiegener Arbeitsmarktungleichheiten Fitzenberger/Seidlitz 2020). Angetrieben wurden diese Veränderungen zum einen durch langfristige strukturelle Entwicklungen wie die zunehmenden Möglichkeiten für deutsche Firmen, Arbeitsplätze in Niedriglohnländer zu verlagern, wie auch durch den technologischen Wandel, der veränderte Qualifikationsanforderungen im Arbeitsmarkt nach sich zog. Zum anderen sinkt seit Jahrzehnten der Anteil von Arbeitnehmer*innen, die durch Flächentarifverträge abgedeckt werden, sodass vor allem bis zur Einführung des Mindestlohns der Lohnsetzung nach unten kaum Grenzen gesetzt waren und es zu Reallohnverlusten für weite Teile der Beschäftigten kam. Zu Beginn der 2000er Jahre wurden diese Entwicklungen insbesondere im Rahmen der sogenannten „Hartz-Reformen“ durch politische Veränderungen flankiert. Diese führten zu einer Zunahme der Bereitschaft von Arbeitssuchenden und Beschäftigten, geringere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren und erleichterten zudem erheblich die Nutzung atypischer Beschäftigung für Arbeitgeber (Möller 2015).

2 Alle kursiv gedruckten Begriffe werden im Glossar des Berichts kurz erläutert (siehe Glossar).

3 Im Vergleich zum Einkommen ist der Besitz von Geld und Gütern – also das Vermögen – noch deutlich ungleicher verteilt. Ein Großteil der Bevölkerung hat über das regelmäßige Einkommen hinaus keine bzw. nur sehr geringe finanzielle Mittel – oder ist sogar verschuldet. Trotz der unbestrittenen Bedeutung des Vermögens als eigenständige Dimension der Ungleichheit beschränken sich die nachfolgenden Analysen auf das Einkommen, weil das Vermögen in den verwendeten Daten nicht detailliert abgebildet wird.

Gleichzeitig wurde auch die Besteuerung für hohe Einkommen und Vermögen in den vergangenen Jahrzehnten stark reduziert; etwa durch die deutliche Absenkung des Spitzensteuersatzes von 56 Prozent Mitte der 1980er Jahre auf heute nur mehr 42 Prozent oder durch die Aussetzung der Vermögenssteuer seit dem Jahr 1997. All diese Veränderungen stehen hinter dem starken Anstieg der Einkommensungleichheit Anfang der 2000er Jahre (Biewen/Juhász 2012).

Die zunehmende Ungleichheit ging mit wachsender Einkommensarmut einher und dies vor allem in Form einer wachsenden Verfestigung prekärer Lebenssituationen: Für viele arme Haushalte wurde es schwieriger, aus Armut und niedrigen Einkommenspositionen aufzusteigen (Groh-Samberg 2014; Brülle/Gangl 2023). Transferleistungen wie die Arbeitslosenversicherung oder das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) reichten zudem für immer weniger Haushalte aus, um bei niedrigen Erwerbseinkommen Armut zu vermeiden. Dabei spielt die wachsende Heterogenität von Erwerbsbiografien eine zentrale Rolle: Wiederkehrende Episoden von Arbeitslosigkeit gehen für die Betroffenen auch längerfristig mit geringeren Einkommen einher und haben so zu steigenden Ungleichheiten im Allgemeinen und der Verfestigung von Armut in individuellen Biografien im Speziellen entscheidend beigetragen. Gerade unregelmäßige Erwerbsbiografien mit häufigen Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und/oder atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie geringfügige Beschäftigung oder Leiharbeit sind dabei im deutschen Wohlfahrtsstaat besonders schlecht abgesichert: Arbeitslosen- und Rentenversicherung setzen für ein angemessenes Niveau sozialer Absicherung eine kontinuierliche Beschäftigung und ein stabiles Erwerbseinkommen voraus. Insgesamt sind vor dem Hintergrund der hier skizzierten langfristigen Entwicklung zwei Aspekte hervorzuheben, die auch für die Einordnung von Ungleichheiten in jüngeren Jahren besonders relevant sind:

- Der Anstieg der Ungleichheit seit den 1990er Jahren ist zu großen Teilen auf längerfristige strukturelle Veränderungen zurückzuführen. Er ist nicht nur ein vorübergehender Effekt von Krisen oder einzelnen politischen Maßnahmen.
- Es lassen sich systematisch Bevölkerungsgruppen unterscheiden, die eher zu den Verlierern dieser strukturellen Veränderungen gehören – insbesondere Personen in Arbeiterberufen, mit niedrigeren Qualifikationen, Migrationserfahrungen und/oder prekären Erwerbsbiografien – und diejenigen, die hiervon eher profitiert haben – insbesondere Hochqualifizierte oder Personen in leitenden Positionen (Hertel 2020; Giesecke et al. 2015).

Was wissen wir nun bezüglich der jüngeren Entwicklung der Ungleichheit und der Auswirkungen der aktuellen Krisen? Es gibt zahlreiche Hinweise, dass die Pandemie insbesondere Arbeitsmarktungleichheiten noch weiter verstärkt hat. Haushalte mit niedrigem Einkommen waren überdurchschnittlich häufig von Kurzarbeit betroffen und das Kurzarbeitergeld wurde für sie auch seltener durch den Arbeitgeber aufgestockt (Braband et al. 2022). Insbesondere Selbstständige und Personen in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie etwa geringfügig Beschäftigte, waren zudem hohen Risiken ausgesetzt, ihr Erwerbseinkommen ganz zu verlieren (Kohlrausch et al. 2020; Braband et al. 2022). Hinzu kommt: Mit nur 60 Prozent eines schon geringen Erwerbseinkommens über die Runden zu kommen, kann zu einer großen Herausforderung werden. In welchem Maße solche Ungleichheiten durch staatliche Entlastungsmaßnahmen ausgeglichen wurden, ist jedoch unklar: Simulationen schätzen etwa, dass sich im ersten Jahr der Pandemie die Ungleichheit der Markteinkommen verstärkt hat, dies jedoch nicht zu einer Zunahme der Ungleichheit der Einkommen nach Steuern und Transfers führte (Beznoska et al. 2020).

Die strukturell hohen Einkommensungleichheiten rücken die Untersuchung der Folgen sozialer Ungleichheiten in den Fokus: Die internationale Forschung zu diesem Thema zeigt eindrücklich, dass sich Einkommensungleichheiten negativ auf viele Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens auswirken (Wilkinson/Pickett 2009). Für den Zusammenhang zwischen Ungleichheiten und dem Vertrauen in die Demokratie zeigt sich: Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto weniger vertrauen die Menschen generell den politischen Institutionen eines Landes (Bienstman 2023; Bienstman et al. 2023). Gleichzeitig besteht innerhalb von Gesellschaften ein Zusammenhang zwischen der ökonomischen Position und dem Politikvertrauen. Da wir uns hier nur auf Deutschland konzentrieren, nehmen wir die zweite Perspektive ein und untersuchen, wie sich Menschen mit unterschiedlichen Einkommen in ihrer Wahrnehmung des politischen Systems unterscheiden.

Ein solcher Zusammenhang auf der individuellen Ebene lässt sich mit den weitreichenden Folgen erklären, die Einkommensungleichheiten haben (Polavieja 2013): Einkommenspositionen beeinflussen dabei nicht nur direkt den materiellen Lebensstandard, sondern auch viele andere Lebensbereiche wie die Gesundheit oder die Wohnsituation. Sie schlagen sich eben nicht nur auf dem Bankkonto, sondern auch im täglichen Leben und nicht zuletzt auch in der Interaktion mit anderen Menschen nieder (Böhnke et al. 2023). Eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, große persönliche Sorgen und Unzufriedenheiten können zu Frustration und einem Vertrauensverlust in politische Institutionen führen, was die Basis unserer Demokratie gefährdet. Eine besondere Bedeutung für Entfremdungsprozesse vom politischen System wird dabei der Erfahrung fehlender sozialer Anerkennung zugeschrieben (Schneickert et al. 2019).

Das politische System und konkrete politische Maßnahmen sind in einer Demokratie auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Dazu zeichnen wir in Abschnitt 7 des Berichts auch nach, inwiefern Menschen mit unterschiedlichen Einkommenspositionen soziale Wert- oder Gering-schätzung erleben und wie stark sie den Akteuren und Institutionen unseres demokratischen Systems vertrauen. Der folgende Abschnitt gibt zunächst einen Überblick über die verwendeten Daten und Methoden.

3 DATEN UND METHODEN

Der Bericht stützt sich auf zwei unterschiedliche Datenquellen. Für die Analyse der Einkommensungleichheit verwenden wir Daten des Mikrozensus aus der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023). Der Mikrozensus liefert auf Basis der jährlichen Befragung von etwa 800.000 Personen bzw. einem Prozent der Bevölkerung Informationen zur Verteilung der Monatseinkommen in Deutschland bis zum Jahr 2022.⁴ Für die Darstellung der Alltagsrealitäten von Menschen in verschiedenen Einkommensklassen in den Abschnitten 5 bis 7 nutzen wir Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2021 (Welle v38). Das SOEP ist eine Befragung, die seit 1984 jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erhoben wird. Aktuell sind Daten für etwa 30.000 Personen in rund 15.000 Haushalten verfügbar (Goebel et al. 2019). Beide Datensätze sind repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland. Die SOEP-Daten bieten für das Jahr 2021 ein Sondermodul, in dem Daten zur sozialen Anerkennung und zum Politikvertrauen erhoben wurden. Leider liegen diese Daten nur für ein Jahr vor, Zeitvergleiche sind daher nicht möglich.⁵

Um das Ausmaß und die Entwicklung der Einkommensungleichheit zu analysieren, werden auf Basis des *verfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommens* unterschiedliche Ungleichheitsmaße berechnet. Das gängigste Maß ist der „Gini-Koeffizient“, der die Konzentration der Einkommen abbildet und sich zwischen Null und

Eins bewegen kann. Bei einem Wert von Null haben alle Haushalte genau gleich viel Einkommen, bei Eins konzentrieren sich alle Einkommen bei einem einzigen Haushalt. Eine andere Möglichkeit, die Ungleichverteilung der Einkommen abzubilden, sind Armuts- und Reichtumsquoten, die angeben, welche Anteile der Bevölkerung in Armut oder Reichtum leben. Die gängige Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des *Medianeinkommens*, bei weniger als 50 Prozent spricht man von strenger Armut.⁶ Für das Jahr 2022 liegt die Armutsgrenze im Mikrozensus für einen Singlehaushalt bei einem *verfügbaren Haushaltseinkommen* von knapp 1.200 Euro pro Monat, strenge Armut fängt bei weniger als 1.000 Euro an.⁷ Wer ein verfügbares Haushaltseinkommen von mehr als dem Zweifachen des Medians hat, ist einkommensreich (also knapp 4.000 Euro für eine alleinlebende Person).

Für die Darstellung der Alltagserfahrungen von Menschen mit unterschiedlichem Einkommen nutzen wir SOEP-Daten für das verfügbare Haushaltseinkommen im aktuellen Monat, da hier Daten für die Befragten über mehrere Jahre vorliegen. Dadurch können wir den Unterschied zwischen kurzfristigen und dauerhaften Erfahrungen von Armut abbilden und den Trend der Verfestigung von Armut in den letzten Dekaden aufgreifen (siehe Abschnitt 2). Wir unterscheiden für diejenigen, die im Jahr 2021 arm waren, ob sie auch in den vorherigen vier Jahren durchgehend arm waren. Ist dies der Fall, bezeichnen wir sie als „dauerhaft arm“. Waren sie in mindestens einem der fünf Jahre oberhalb der Armutsgrenze, hatten im Jahr 2021 aber ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, gehören sie zu den „temporär Armen“. Daneben unterscheiden wir Personen mit mittlerem Einkommen (mehr als 60 Prozent und weniger als 200 Prozent des Medianeinkommens) und die Einkommensreichen (mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens).⁸

4 Leider gibt es im Mikrozensus zwischen den Jahren 2019 und 2020 einen Zeitreihenbruch. Daher können die Ergebnisse ab 2020 nur sehr eingeschränkt mit denen der Vorjahre verglichen werden. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Erhebung der Daten für das Jahr 2020 ist auch der Vergleich mit den Folgejahren mit Unsicherheiten verbunden (für nähere Informationen hierzu siehe Statistisches Bundesamt 2023).

5 Üblicherweise werden für den Verteilungsbericht auch die Maßzahlen zur Einkommensungleichheit auf Basis des SOEP berechnet. Leider wurden in diesem Jahr die Daten zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Berichts noch nicht vollständig ausgeliefert, es fehlen die umfassend aufbereiteten Einkommensangaben. Es gibt bislang nur Einkommensdaten aus dem „Einkommens-Screener“. Diese beruhen auf der Selbstausskunft der Befragten. Sie sind direkt abgefragte monatliche Einkommen, die anders als die weiter aufbereiteten Daten nicht umfassend anhand der Angaben aller Mitglieder eines Haushalts korrigiert werden. Wir greifen deshalb für die Berechnung der Indizes zur Einkommensungleichheit auf die Informationen aus der amtlichen Sozialberichterstattung zurück. Da es in den Kapiteln 5, 6 und 7 darum geht, die Einkommensposition von Menschen abzubilden und nicht darum, präzise Aussagen über die Einkommensverteilung insgesamt zu treffen, sind die Informationen aus dem „Einkommensscreener“ hier gut geeignet. Im Vergleich mit den jährlichen Einkommensdaten in vorherigen Wellen zeigt sich zudem, dass beide Einkommensdaten ähnliche Ergebnisse in Bezug auf die Entwicklung und Begleiterscheinungen von Einkommenspositionen liefern (eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt).

6 Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das genau in der Mitte liegt, wenn man alle Einkommen der Höhe nach anordnet.

7 In diesem Bericht wird für die 60 Prozent-Armutsgrenze nicht der oftmals verwendete Begriff der „Armutsrisikoquote“ benutzt, um deutlich zu machen, dass Haushalte, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen müssen, tatsächlich arm und nicht nur von Armut gefährdet sind (Becker et al. 2022).

8 Wir verzichten auf eine Differenzierung zwischen temporär und dauerhaft Einkommensreichen, da sich zwischen diesen beiden Gruppen keine großen Unterschiede zeigen. Die Ergebnisse sind längsschnittgewichtet, um die Notwendigkeit der Teilnahme der Befragten über mehrere Jahre zu berücksichtigen.

4 EINKOMMENSUNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND 2010-2022

Wie hat sich nun die Einkommensungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt? Lässt sich in den Daten ein Einfluss der Pandemie ablesen? Wir stellen im Folgenden die Entwicklung ab dem Jahr 2010 dar, also die Jahre nach dem Ende der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, ein Zeitraum, der in Deutschland bis zum Beginn der Pandemie durch ein stabiles Wirtschaftswachstum geprägt war. Eine erste Antwort auf unsere Fragen bietet ein Blick auf den Gini-Koeffizienten der verfügbaren Haushaltseinkommen (Tabelle 1).

Der Gini-Koeffizient zeigt im dargestellten Zeitraum eine hohe Stabilität: Er liegt zwischen 2010 und 2019 durchgehend bei 0,29 und damit deutlich höher als der Wert von 0,26 im Jahr 1999 (Daten nicht dargestellt, vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023). In den letzten drei Jahren des Untersuchungszeitraums liegt er bei 0,30. Dahinter steckt aber nicht zwangsläufig ein Anstieg zwischen 2019 und 2020, da sich zum ersten Jahr der Pandemie das Erhebungskonzept der Mikrozensusdaten geändert hat und daher die Daten von 2019 und 2020 nicht vergleichbar sind. Etwas mehr Bewegung zeigt sich, wenn man die Gini-Werte der Jahreseinkommen im SOEP betrachtet (leider aktuell nur bis zum Jahr 2019 möglich).

Diese Daten zeigen, dass die Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2019 insgesamt wellenförmig leicht angestiegen ist und im Jahr 2019 einen vorläufigen Höchststand erreicht hat (Spannagel/Zucco 2022, S. 7).

In Tabelle 1 zeigt sich auch, dass die Mikrozensusdaten Hinweise auf eine steigende Einkommensungleichheit enthalten. Hier ist das Verhältnis der Einkommen des reichsten Fünftels der Einkommensverteilung zum Einkommen des ärmsten Fünftels angegeben. Im Ausgangsjahr unseres Untersuchungszeitraums lag dieses Verhältnis bei 4,2, dem niedrigsten Wert aller untersuchten Jahre. In diesem Jahr war das verfügbare Einkommen im obersten Quintil im Schnitt 4,2-mal so hoch wie im untersten Fünftel. Im Jahr 2019 liegt das Verhältnis bei 4,3 und damit kaum höher. Zwischen 2020 und 2021 steigt das Verhältnis von 4,5 auf 4,7. Im Jahr 2022 liegt der Wert schließlich bei 4,6 und damit über dem Niveau von Anfang der 2010er Jahre – bei aller gebotenen Vorsicht in Anbetracht der Einschränkungen in der Vergleichbarkeit der Daten ein Hinweis darauf, dass die Einkommensungleichheit gestiegen ist.

Eindeutig zugenommen hat über die untersuchten Jahre hinweg der Anteil der Armen und der sehr Armen (Abbildung 1): Im Jahr 2022 leben 16,7 Prozent der Deutschen in Armut; 10,1 Prozent der Deutschen sogar in strenger Armut – sie müssen also mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens zurechtkommen. Im Jahr 2010 waren hingegen nur 14,5 Prozent der Deutschen von Armut betroffen; 7,7 Prozent waren sehr arm. Bis zum Jahr 2019 zeigt sich bei beiden Werten ein kontinuierlicher Anstieg: Die Armutsquote liegt im Jahr 2019 bei 15,9 Prozent und damit fast 1,5 Prozentpunkte höher als zu Beginn des Jahrzehnts; große Armut ist relativ gesehen noch stärker angestiegen. Auch die ersten Jahre der Pandemie sind von steigender Armut gekennzeichnet (2020–2021 plus 0,7 Prozentpunkte (Armut); plus 0,6 bei großer Armut). Auch hier gilt jedoch: Die Vergleichbarkeit zwischen 2020 und den folgenden Jahren ist aufgrund von Schwierigkeiten mit der Datenerhebung im ersten Pandemiejahr eingeschränkt. Am aktuellen Rand gehen dann beide Werte leicht zurück. Worauf dieser Rückgang zurückzuführen ist, ist nicht eindeutig zu sagen. Eine mögliche Interpretation ist, dass er im Zusammenhang mit den Entlastungsmaßnahmen steht, welche die Politik im Jahr 2022 auf den Weg gebracht hat – unter anderem Zuschläge zu den Leistungen für Grundsicherungsempfänger*innen. Zwar haben die verschiedenen Maßnahmen insgesamt die oberen Einkommensschichten in absoluten Zahlen ähnlich oder sogar noch stärker entlastet (Pieper et al. 2023), relativ zum eigenen Einkommen waren sie jedoch großzügiger für Menschen mit geringen Einkommen.

Tabelle 1

Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010–2022

Jahr	Gini-Koeffizient	Einkommensquintilsverhältnis**
2010	0,29	4,2
2011	0,29	4,3
2012	0,29	4,3
2013	0,29	4,3
2014	0,29	4,3
2015	0,29	4,3
2016	0,29	4,3
2017	0,29	4,4
2018	0,29	4,3
2019	0,29	4,3
2020*	0,30	4,5
2021	0,30	4,7
2022	0,30	4,6

Anmerkungen:

Zeitreihenbruch zwischen 2019 und 2020.

*eingeschränkte Vergleichbarkeit des Jahres 2020 mit den darauffolgenden Jahren

Die Daten für 2022 sind Erst- und nicht Endergebnisse.

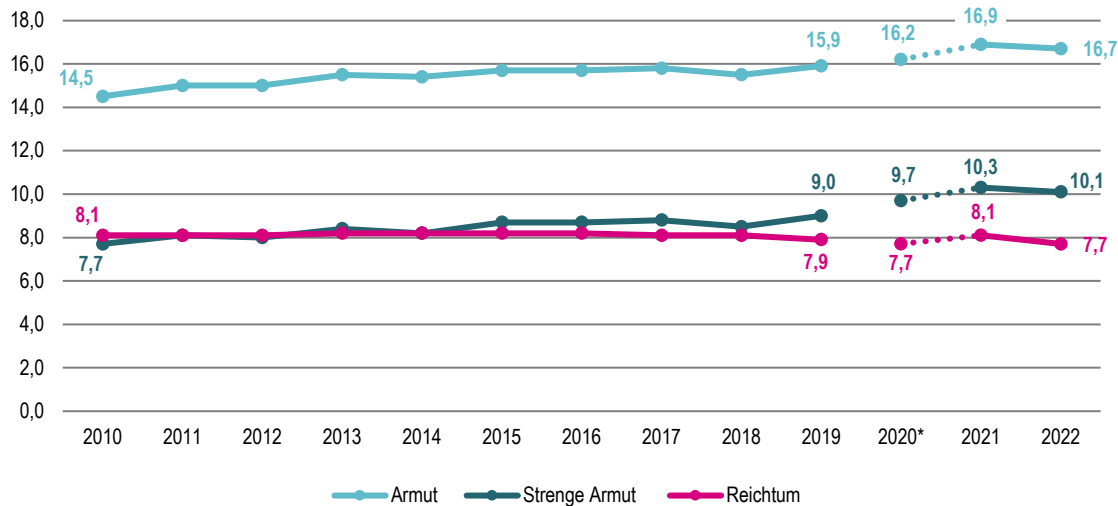
**Einkommen des obersten Quintils im Verhältnis zum Einkommen des untersten Quintils

Quelle: Mikrozensus 2023, eigene Darstellung

WSI

Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Deutschland, 2010–2022

Angaben in Prozent



Anmerkungen:

Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (Gesamtgruppe der Armen) bzw. weniger als 50 Prozent (Teilgruppe der streng Armen) leben; Einkommensreichtum beginnt ab einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 Prozent. Zeitreihenbruch zwischen 2019 und 2020. Die Daten für 2022 sind Erst- und nicht Endergebnisse.

*eingeschränkte Vergleichbarkeit des Jahres 2020 mit den darauffolgenden Jahren

Quelle: Mikrozensus 2023, eigene Darstellung

WSI

Beim Einkommensreichtum zeigt sich insgesamt tendenziell ein Rückgang.⁹ Zwischen 2010 und 2018 lag der Anteil der Reichen stabil bei 8,1 Prozent bzw. 8,2 Prozent. Zum Jahr 2019 sinkt er dann zunächst auf 7,9 Prozent und im Jahr 2020 auf 7,7 Prozent. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen keinen klaren Trend. Damit lässt sich festhalten, dass der Anteil der Einkommensreichen im Jahr 2022 nahezu auf demselben Niveau wie zwölf Jahre zuvor liegt und sich in den Jahren dazwischen auch wenig ändert. Das eindeutige Fazit zu den Armutsquoten: Seit Jahren wächst der Anteil der Personen, die von Armut betroffen sind.

Und das gilt insbesondere auch für die letzte Dekade, eine Zeit, in der Deutschland einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat. Zwar geht der Anteil der Armen im letzten Beobachtungsjahr zurück, jedoch ist vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eher nicht zu erwarten, dass sich hier ein Ende oder gar eine Umkehr des Anstiegstrends abzeichnet.

Doch wie schlagen sich solche Ungleichheiten im Alltag der Menschen nieder? Um diese Frage zu beantworten, nutzen wir in den folgenden Abschnitten Daten des SOEP.

⁹ Leider gibt es im Mikrozensus keine Daten zu großem Reichtum (Einkommen >300 Prozent des Medians).

5 DIE EINKOMMENSGRUPPEN IM PROFIL

Um die Situation von Menschen mit unterschiedlichen Einkommenspositionen zu vergleichen, differenzieren wir zwischen dauerhaft Armen (verfügbares Haushaltseinkommen durchgehend unter 60 Prozent des Medians 2017–2021), temporär Armen (2021 verfügbares Haushaltseinkommen <60 Prozent, aber nicht durchgehend seit 2017) Menschen mit mittlerem Einkommen (2021 verfügbares Haushaltseinkommen zwischen 60 Prozent und 200 Prozent des Medians) und Reichen (verfügbares Haushaltseinkommen 2021 >200 Prozent). Sechs Prozent der Bevölkerung befinden sich nach den Daten zum Monatseinkommen im SOEP im Jahr 2021 in dauerhafter Armut, während etwas mehr als neun Prozent temporär arm sind. Rund sieben Prozent gehören zu den Einkommensreichen. Die mit Abstand größte Gruppe sind jedoch diejenigen mit mittlerem Einkommen, im Jahr 2021 waren dies fast 78 Prozent der Bevölkerung (siehe Tabelle 2). Zwischen 2010 und 2021 ist dabei vor allem der Anteil der dauerhaft Armen gestiegen (eigene Berechnungen, Daten nicht dargestellt). Diese Verfestigung von Armut ist einer der zentralen Trends in Bezug auf die Entwicklung sozialer Ungleichheit in Deutschland und die Gruppe der dauerhaft Armen steht aus diesem Grund in einem besonderen Fokus (siehe Abschnitt 2).

In Tabelle 2 ist auch die Zusammensetzung der vier Gruppen nach verschiedenen Merkmalen dargestellt. Es wird deutlich, dass sich die Einkommensgruppen in Bezug auf ihr sozio-demographisches Profil voneinander unterscheiden. Reiche Menschen leben überwiegend in Westdeutschland und häufig in Paarhaushalten ohne Kinder. Sie haben meist Abitur und sind mehrheitlich unbefristet in Vollzeit beschäftigt. Menschen in Armut haben im Gegensatz dazu in etwa der Hälfte der Fälle maximal einen Hauptschulabschluss. Dabei unterscheiden sich die dauerhaft und temporär Armen noch einmal klar voneinander: Unter den temporär Armen sind Frauen, Alleinerziehende sowie Personen unter 25 Jahren verglichen mit allen anderen Einkommensgruppen am häufigsten repräsentiert.

Für die dauerhaft Armen sind drei Merkmale besonders charakteristisch: Sie sind Singles, leben in Ostdeutschland und/oder sind in Rente. Auch der Anteil an Personen mit einem Migrationshintergrund ist in den unteren Einkommensgruppen höher als in der Gesamtbevölkerung, wobei vor allem Personen in dauerhafter Armut besonders häufig selbst im Ausland geboren wurden (direkter Migrationshintergrund). Darüber hinaus ist der Anteil an prekär Beschäftigten – also geringfügig oder befristet Beschäftigten, bzw. Leiharbeiter*innen – unter den temporär Armen mit 15 Prozent besonders hoch, während die dauerhaft Armen mit fast 28 Prozent auffallend häufig arbeitslos sind. In beiden Gruppen ist jedoch auch ein substantieller Anteil regulär in Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt: 16 Prozent der dauerhaft Armen bzw. etwa ein Viertel der temporär Armen. Begrenzt man den Vergleich auf Erwerbspersonen – schließt also Rentner*innen und nicht Erwerbstätige aus – dann zeigt sich, dass etwa 17 Prozent der dauerhaft armen Erwerbspersonen in prekärer Beschäftigung arbeiten und 53 Prozent arbeitslos sind, während die jeweiligen Anteile für die temporär Armen bei jeweils 28 Prozent liegen (Daten nicht dargestellt). Damit können wir hier zusammenfassend festhalten, dass wir es mit vier distinkten Gruppen zu tun haben, die jeweils sozialstrukturelle Besonderheiten aufweisen.

Sozialprofil der Einkommensgruppen und der Gesamtbevölkerung, 2021

Angaben in Prozent

		Dauerhaft arm	Temporär arm	Mittlere Einkommen	Reich	Gesamt bevölkerung
Bevölkerungsanteil		6,0	9,1	77,7	7,3	100,0
Region	Ostdeutschland	28,7	17,4	18,5	7,1	18,2
	Westdeutschland	71,3	82,6	81,5	92,9	81,8
Geschlecht	Weiblich	52,6	57,2	51,5	42,2	51,4
	Männlich	47,4	42,8	48,5	57,8	48,6
Altersklassen	Unter 25	20,8	29,8	17,4	10,3	18,2
	25 bis 44	23,7	22,3	25,4	24,3	24,9
	45 bis 64	27,8	28,5	32,2	47,1	32,7
	65 und älter	27,7	19,4	25,1	18,3	24,2
Haushaltskonstellation	Single	42,1	26,4	22,3	22,4	23,8
	Paar ohne Kinder	18,7	22,4	35,1	49,3	34,0
	Alleinerziehende	7,0	9,3	1,6	1,3	2,6
	Paar mit mindestens einem Kind	12,9	18,2	23,2	14,6	21,5
	Sonstige	19,2	23,6	17,9	12,4	18,1
Migrationshintergrund*	Kein Migrationshintergrund	59,3	67,1	82,7	87,8	80,3
	Direkter Migrationshintergrund	27,8	19,0	10,1	6,7	11,7
	Indirekter Migrationshintergrund	12,9	13,9	7,2	5,5	8,0
Schulabschluss	Max. Hauptschule	55,4	47,4	29,1	6,9	30,1
	Realschule	32,0	28,8	34,3	18,0	32,5
	Fachhochschulreife/Abitur	12,6	23,8	36,6	75,1	37,4
Erwerbsstatus	Vollzeit/Unbefristet	6,6	15,1	40,7	61,0	38,2
	Teilzeit/Unbefristet	9,3	9,3	12,9	9,5	12,1
	Geringfügig	5,9	8,3	4,1	2,5	4,4
	Befristet/Leiharbeit	2,7	7,4	4,5	4,2	4,6
	Arbeitslos	27,8	15,5	2,2	2,1	4,8
	Rentner	35,2	22,4	28,1	17,5	27,2
	Nicht erwerbstätig	12,5	22,0	7,6	3,1	8,7

Lesebeispiel: 55 Prozent der Personen in dauerhaft armen Haushalten haben im Jahr 2021 höchstens einen Hauptschulabschluss, unter Personen in reichen Haushalten sind es sieben Prozent.

*Direkter Migrationshintergrund: Person ist im Ausland geboren. Indirekter Migrationshintergrund: mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.

Anmerkungen:

Bevölkerungsanteil der Einkommensgruppen bzw. Anteile mit dem jeweiligen Merkmal in der jeweiligen Gruppe.

Dauerhaft Arme: Das verfügbare Einkommen lag zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens.

Temporär Arme: Das verfügbare Einkommen lag 2021 unter 60 Prozent des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017.

Mittlere Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens.

Reiche: Das verfügbare Einkommen lag 2021 über 200 Prozent des Medianeinkommens.

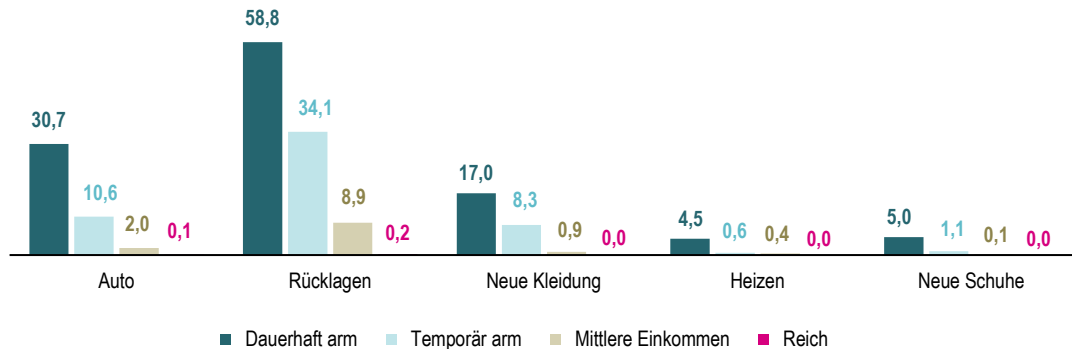
Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen, längsschnittgewichtet

6 MATERIELLE SITUATION, SORGEN UND ZUFRIEDENHEIT ALS SPIEGEL SOZIALER UNGLEICHHEIT

Abbildung 2

Facetten materieller Deprivation nach Einkommensgruppe, 2021

Anteil der Personen, die sich ein Item finanziell nicht leisten können, in Prozent



Anmerkungen:

Dauerhaft Arme: Das verfügbare Einkommen lag zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens.

Temporär Arme: Das verfügbare Einkommen lag 2021 unter 60 Prozent des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017.

Mittlere Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens.

Reiche: Das verfügbare Einkommen lag 2021 über 200 Prozent des Medianeinkommens.

Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen, längsschnittgewichtet

WSI

Um die Lebensrealität von Menschen in verschiedenen Einkommensgruppen nachzuzeichnen, werden wir in diesem Kapitel zeigen, wie sich die materielle Situation, aber auch die Sorgen und Zufriedenheit der verschiedenen Gruppen unterscheiden.

Es überrascht nicht, dass die Daten zu materiellen Mangellagen in Abbildung 2 eines ganz deutlich zeigen: Von materiellem Mangel sind Reiche nicht betroffen. Wohl aber reicht materielle Deprivation bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Fast zehn Prozent der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen hatten im zweiten Jahr der Pandemie keinerlei finanzielle Rücklagen und immerhin zwei Prozent geben an, sich kein Auto leisten zu können. Besonders interessant ist bei diesen Zahlen aber der Blick auf die Armen und hier insbesondere auf die Unterschiede zwischen den dauerhaft und den temporär Armen. Die Daten zeigen klar: Auch vorübergehend Arme sind von materiellem Mangel betroffen (über zehn Prozent etwa können sich kein Auto leisten und mehr als ein Drittel hat keinerlei finanzielle Reserven), aber wenn sich Armut dann auch noch verfestigt, steigt die Verbreitung materieller Deprivation deutlich: Weit über die Hälfte der dauerhaft Armen haben keine finanziellen Rücklagen, 17 Prozent sehen sich gezwungen, an neuer Kleidung zu sparen und über vier Prozent bzw. fünf Prozent sind finanziell nicht in der Lage, die Wohnung angemessen zu heizen oder sich neue Schuhe zu leisten (und das

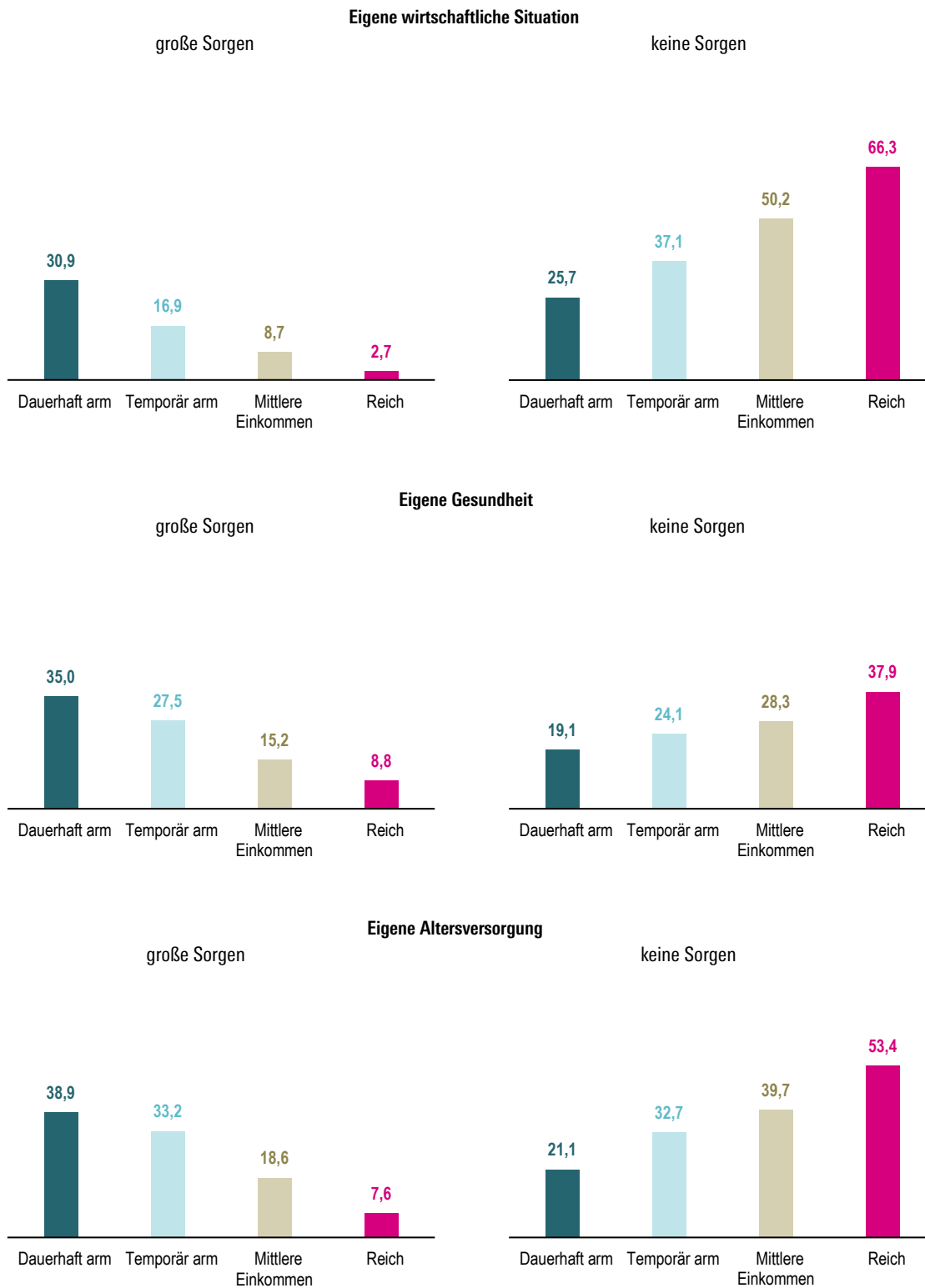
im Jahr vor der großen Inflationswelle). Soziale Ungleichheit, gemessen als Einkommensungleichheit schlägt sich – das können wir hier festhalten – in materiellen Möglichkeiten nieder; und damit eben auch in der Möglichkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben.

Der eingeschränkte materielle Spielraum dauerhaft armer Menschen spiegelt sich auch darin wider, dass sie sich überdurchschnittlich oft große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation machen (vgl. Abbildung 3): Fast ein Drittel dieser Gruppe gibt an, dass sie sich große Sorgen über ihre eigene wirtschaftliche Lage machen und nur rund 26 Prozent machen sich darüber gar keine Sorgen. Damit heben sich Personen in verfestigter Armut deutlich von den anderen Gruppen ab, wobei Unterschiede über das gesamte Spektrum der Einkommensverteilung festzustellen sind. So steigt der Anteil derer, die über die eigene wirtschaftliche Lage nicht besorgt sind, unter den temporär Armen auf 37 Prozent, in der Mitte der Gesellschaft sind es 50 Prozent und unter den Reichen machen sich zwei Drittel darüber keine Sorgen.¹⁰

¹⁰ Bei diesen Zahlen ist zu beachten, dass Personen ihre individuelle Situation häufig sehr positiv einschätzen und negative Ausprägungen in Bezug auf Sorgen und Zufriedenheiten mit der eigenen Situation in Befragungen eher selten geäußert werden (Lübke 2019).

Sorgen in verschiedenen Lebensbereichen nach Einkommensgruppe, 2021

Anteil der Personen mit großen oder keinen Sorgen, in Prozent



Anmerkungen:

Dauerhaft Arme: Das verfügbare Einkommen lag zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens.

Temporär Arme: Das verfügbare Einkommen lag 2021 unter 60 Prozent des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017.

Mittlere Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens.

Reiche: Das verfügbare Einkommen lag 2021 über 200 Prozent des Medianeinkommens.

Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen, längsschnittgewichtet

Unterschiedliche Positionen in der Einkommensverteilung spiegeln sich auch in Lebensbereichen wider, die auf den ersten Blick wenig mit dem Einkommen zu tun haben. Das zeigt sich deutlich in der Dimension der Gesundheit: Mehr als jede*r Dritte dauerhaft Arme macht sich große Sorgen um die eigene Gesundheit und nicht einmal 20 Prozent geben an, sich in diesem Bereich keine Sorgen zu machen. Immerhin noch über 27 Prozent der Menschen in temporärer Armut machen sich große Sorgen, während nur 24 Prozent in diesem Bereich sorgenfrei sind. In den höheren Einkommensgruppen nehmen die Sorgen dann sukzessive ab – unter den Reichen ist weniger als jede*r Zehnte sehr über die eigene Gesundheit besorgt.¹¹

Nicht nur die gegenwärtige Situation ist für die gesellschaftliche Teilhabe wichtig, sondern auch die wahrgenommene Sicherheit in der Zukunft. Die Angst vor sozialem Abstieg, oder aber die fehlende Perspektive eines Aufstiegs kann ebenso wie die aktuelle Situation zu einem Verlust des Vertrauens in das demokratische System führen (Task Force FGZ-Datenzentrum 2022). Auch bei den Sorgen um die Absicherung im Alter gibt es dabei ausgeprägte Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. Sorgenfrei in Bezug auf das Rentenalter lebt mehr als jede*r zweite Reiche, in der Mittelschicht sind es immerhin noch rund 40 Prozent. Aber lediglich jede*r Dritte der temporär Armen und kaum mehr als 20 Prozent der dauerhaft Armen sorgen sich nicht um die Absicherung im Alter. Umgekehrt machen sich fast 39 Prozent der dauerhaft Armen und über 33 Prozent der temporär Armen große Sorgen über ihre Absicherung im Alter, beide Gruppen heben sich damit deutlich von den anderen Einkommensschichten ab. Trotzdem ist es bemerkenswert, dass sich nur in der Gruppe der Reichen eine absolute Mehrheit der Befragten auch in Bezug auf die Altersversorgung abgesichert fühlt.

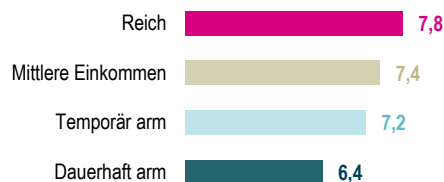
Die unterschiedliche materielle Ausgangslage schlägt sich auch in der subjektiven Bewertung des eigenen Lebens nieder. Das zeigt sich klar, wenn man sich anschaut, wie sich die Lebenszufriedenheit zwischen den Einkommensgruppen unterscheidet (Abbildung 4).

Reiche Personen erreichen hier im Schnitt einen Zufriedenheitswert von 7,8 (auf einer Skala von 0 für „Ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „Ganz und gar zufrieden“). Der Wert ist 0,4 Punkte niedriger für Personen mit mittleren Einkommen, temporär Arme liegen bei knapp 7,2. Personen in dauerhafter Armut erreichen nur einen Wert von 6,4, sie sind mit ihrem Leben deutlich unzufriedener als die anderen drei Gruppen – und damit eben auch deutlich unzufriedener als Personen, die nur temporär von Armut betroffen sind. Dies zeigt sich auch sehr deutlich bei der Betrachtung des Anteils der Personen, die insgesamt sehr zufrieden mit ihrem Leben sind (Werte 8 bis 10 auf der Skala, Daten nicht dargestellt): Dies trifft nur auf 35 Prozent der dauerhaft Armen, aber auf 53 Prozent der temporär Armen und 57 Prozent der Personen mit mittleren Einkommen zu. Unter den Reichen geben über zwei Drittel – nämlich 68 Prozent – der Befragten eine hohe Zufriedenheit an.

Die Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit belegen noch einmal die besonders nachteilige Lage von Personen in dauerhafter Armut, auch im Vergleich zu den temporär Armen. Zwar signalisiert auch temporäre Armut die Prekarität der eigenen Lebenssituation, es handelt sich jedoch nicht im gleichen Maße um eine akute Mangellage. Darüber hinaus sind über die gesamte Einkommensverteilung hinweg Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden und der Wahrnehmung der eigenen Lage festzustellen und die Reichen heben sich durch ihre besonders privilegierte Position von allen anderen Gruppen ab.

Abbildung 4

Lebenszufriedenheit nach Einkommensgruppe, 2021
Mittelwert auf einer Skala von 0 „Ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „Ganz und gar zufrieden“



Anmerkungen:

Dauerhaft Arme: Das verfügbare Einkommen lag zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens.

Temporär Arme: Das verfügbare Einkommen lag 2021 unter 60 Prozent des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017.

Mittlere Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens.

Reiche: Das verfügbare Einkommen lag 2021 über 200 Prozent des Medianeinkommens.

Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen, längsschnittgewichtet

11 Für diese, wie auch die nachfolgenden und bisherigen Ergebnisse gilt, dass sie Unterschiede zwischen den Gruppen darstellen und nicht zwangsläufig kausale Zusammenhänge. Es ist davon auszugehen, dass sich ein Teil der Unterschiede, aber nicht alles direkt auf das Einkommen zurückführen lässt. In jedem Fall bilden die Ergebnisse jedoch die verschiedenen Lebensrealitäten von Personen mit unterschiedlichen Einkommen ab.

7 SOZIALE ANERKENNUNG UND INSTITUTIONENVERTRAUEN

Die eigene Einkommensposition beeinflusst unmittelbar die materielle Lage, aber auch die Sorgen und Zufriedenheit in Bezug auf die eigene Gesundheit oder den Lebensstandard. Das haben die Ergebnisse oben deutlich gezeigt. Doch in welchem Maße wird Ungleichheit in der Interaktion mit anderen spürbar? Fühlen sich Menschen in unteren Einkommensgruppen von anderen häufiger nicht anerkannt als Menschen in oberen Einkommensgruppen und inwiefern hängt die Wertschätzung durch andere mit einem hohen Einkommen zusammen?

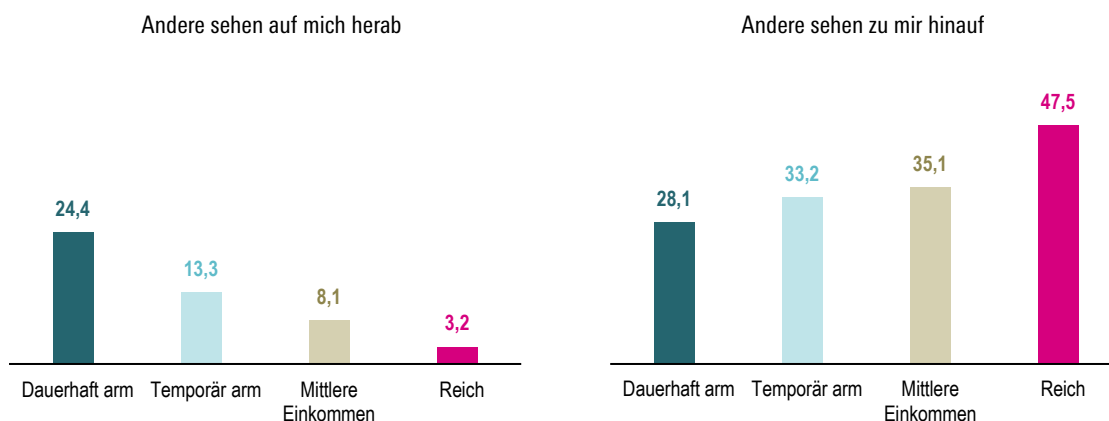
Deutliche Unterschiede zeigen sich in Bezug auf das Erleben von Wertschätzung bzw. Geringschätzung (Abbildung 5): Fast ein Viertel der dauerhaft Armen gibt an, dass andere häufig auf sie herabsehen. Dagegen geben weniger als 14 Prozent der temporär Armen, nur 8 Prozent der Personen mit mittlerem Einkommen und kaum mehr als 3 Prozent der Reichen eine häufige Ablehnung an. Die Reichen unterscheiden sich zudem in ihrem Erleben von Wertschätzung stark vom Rest der Gesellschaft: Fast 48 Prozent geben an, dass andere oft zu ihnen aufsehen, unter den dauerhaft Armen nehmen das nur 28 Prozent so wahr (in den anderen beiden Gruppen sind es 33 Prozent bzw. 35 Prozent).

Solche Unterschiede im Erleben von Anerkennung und Missachtung können eine Entfremdung unterer Einkommensklassen von der Gesellschaft, aber auch vom politischen System begünstigen. Denn tatsächlich hängt das Vertrauen in die demokratischen Institutionen stark von der Einkommenshöhe ab (Abbildung 6). Unter den Reichen gibt es nur wenige, der oder die der Polizei oder unserem Rechtssystem nicht vertraut; unter den dauerhaft Armen sind es hingegen über 22 Prozent (Polizei) bzw. mehr als ein Drittel (Rechtssystem). Ein geringes Vertrauen in den Bundestag geben weniger als 20 Prozent der Reichen, 30 Prozent der Personen mit mittlerem Einkommen, aber 40 Prozent bzw. 47 Prozent der temporär bzw. dauerhaft Armen an. In anderen Worten: Fast die Hälfte der dauerhaft Armen bringt dem Bundestag nur wenig Vertrauen entgegen. Für das Vertrauen in politische Akteure zeigt sich eine starke Differenzierung vor allem zwischen den Reichen und den anderen Einkommensgruppen. Nur etwas mehr als ein Drittel der Reichen geben ein geringes Vertrauen in Parteien und Politiker*innen an. Unter den temporär und dauerhaft Armen sind es deutlich über die Hälfte aller Personen.

Abbildung 5

Häufige Erfahrung von Wert- oder Geringschätzung nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



Anmerkungen:

Ausprägungen 5–7 auf einer Skala von 1 „Trifft nie zu“ bis 7 „Trifft sehr häufig zu“.

Dauerhaft Arme: Das verfügbare Einkommen lag zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens.

Temporär Arme: Das verfügbare Einkommen lag 2021 unter 60 Prozent des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017.

Mittlere Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens.

Reiche: Das verfügbare Einkommen lag 2021 über 200 Prozent des Medianeinkommens.

Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen, längsschnittgewichtet

Unsere Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2021. Sie fallen mithin in eine Zeit, in der sich die Zufriedenheit mit der Demokratie gerade im Vergleich zu den darauffolgenden Jahren auf einem relativ hohen Niveau befand (Hövermann/Kohlrausch 2022). Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich das Institutionenvertrauen seitdem eher verringert hat.

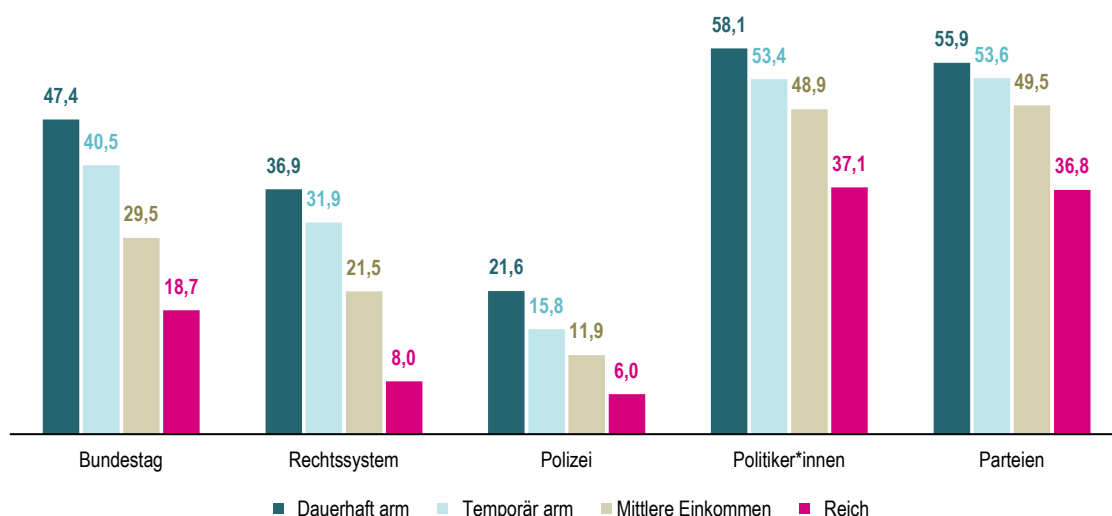
Die Ergebnisse spiegeln sicherlich nicht ausschließlich kausale Effekte von Einkommensunterschieden wider, sondern lassen sich natürlich auch durch unterschiedliche Zusammensetzungen der Einkommensklassen, z. B. in Bezug auf Bildungsabschlüsse, Alter oder auch Erwerbsstatus, erklären.¹²

Dass diese Faktoren häufig mit dem Einkommen zusammenhängen, verdeutlicht aber auch, wie sehr sich die Lebensrealitäten verschiedener Einkommensklassen unterscheiden. Ein Vergleich zwischen den Einkommensgruppen berücksichtigt dabei nicht die Auswirkungen, die hohe Ungleichheiten für die Gesellschaft insgesamt haben. International vergleichende Studien zeigen jedoch, dass auch unter Kontrolle der individuellen Einkommensposition hohe Ungleichheiten mit einem niedrigeren Vertrauen in die Demokratie einhergehen (Bienstman 2023).

Abbildung 6

Geringes Institutionenvertrauen nach Einkommensgruppe, 2021

Angaben in Prozent



Anmerkungen:

Geringes Vertrauen in politische Institutionen: Ausprägungen 0–4 auf einer Skala von 0 „Vertraue ich überhaupt nicht“ bis 10 „Vertraue ich voll und ganz“.

Dauerhaft Arme: Das verfügbare Einkommen lag zwischen 2017 und 2021 durchgängig unter 60 Prozent des Medianeinkommens.

Temporär Arme: Das verfügbare Einkommen lag 2021 unter 60 Prozent des Medianeinkommens, aber nicht durchgehend seit 2017.

Mittlere Einkommen: Das verfügbare Einkommen lag 2021 zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens.

Reiche: Das verfügbare Einkommen lag 2021 über 200 Prozent des Medianeinkommens.

Quelle: SOEP v38, eigene Berechnungen, längsschnittgewichtet



¹² Weitergehende Regressionsanalysen zeigen, dass sich der Effekt der Einkommensgruppe auf das Institutionenvertrauen bei Berücksichtigung anderer sozio-struktureller Variablen verringert, aber keineswegs verschwindet (Daten nicht dargestellt).

8 AUSBLICK UND POLITISCHE IMPLIKATIONEN

Wir haben in diesem Bericht die Verteilung der Einkommen als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit betrachtet. Wie ungleich Einkommen verteilt sind und insbesondere wie viele Personen von Armut betroffen sind, hat gerade in Krisenjahren eine große Bedeutung, weil es entscheidend dafür ist, welche Ressourcen Einzelne, aber auch die Gesellschaft als Ganzes mobilisieren können, um gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Leider erlauben die bislang verfügbaren Daten keine eindeutigen Aussagen darüber, wie sich die Konzentration der Einkommen seit Einsetzen der Covid-19-Pandemie entwickelt hat, da die aktuellen Zahlen des Mikrozensus nur eingeschränkt mit den Daten vor 2020 vergleichbar sind. Auch der Vergleich des Jahres 2020 mit den darauffolgenden Jahren ist aufgrund von Schwierigkeiten bei der Erhebung der Daten mit Unsicherheiten verbunden. Mit aller gebotenen Vorsicht lassen sich die Ergebnisse aber dahingehend zusammenfassen, dass mit der Pandemie die Ungleichheit zunächst zugenommen (2020 auf 2021), zum aktuellsten Erhebungszeitpunkt (2022) dann aber ein Rückgang von Armut und Reichtum eingesetzt hat. In einer längeren Zeitperspektive belegen die Daten, dass die Armutsquoten seit dem Jahr 2010 angestiegen sind. Das gilt insbesondere für strenge Armut. Der Anteil der Einkommensreichen bleibt insgesamt sehr konstant.

Um diese zentralen Ergebnisse einzubetten und die aktuellen Entwicklungen weiter zu erhellen, wollen wir an dieser Stelle den Blick etwas öffnen und Befunde betrachten, die über oben abgebildeten Zahlen hinaus Hinweise darauf geben, wie sich die jüngsten Krisen auf die sozialen Ungleichheiten in Deutschland ausgewirkt haben.

Die hier dargestellten Ergebnisse spiegeln zum einen nicht die Folgen der seit 2021 steigenden Inflation wider: Die Berechnung der Ungleichheitsmaße und Armutsquoten berücksichtigt nicht, dass sich die Ausgaben von Haushalten je nach Einkommen unterschiedlich zusammensetzen. Tatsächlich hat die Teuerung von Beginn an Haushalte mit niedrigem Einkommen besonders getroffen (Dullien/Tober 2023): Sie müssen einen Großteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie ausgeben, die besonders hohe Preissteigerungen erfahren haben. Obwohl sich die Inflation inzwischen auf sehr hohem Niveau etwas abgeschwächt hat, stellen die hohen Preise demnach vor allem für diejenigen eine große Herausforderung dar, die auch zuvor schon die geringsten finanziellen Reserven hatten. So befand sich zuletzt auch die Zahl der Personen, die regelmäßig zu den „Tafeln“ gehen, auf einem sehr hohen Niveau (Grabka/Schupp 2022). Zum anderen bleibt in unserem Bericht die Bedeutung des Vermögens unberücksichtigt (siehe Fußnote 3). So sind die „Superreichen“ in den letzten Jahren noch

reicher geworden. Zwischen 2020 und 2021 ist ihre Zahl weltweit wie auch in Deutschland gestiegen.¹³ Im Folgejahr zeigt sich dann ein leichter Rückgang, der allerdings den vorherigen Zuwachs nicht ausgleicht.¹⁴ Inzwischen ist zudem eine sogenannte Gewinn-Preis-Spirale belegt, d. h. zahlreiche Unternehmen haben im Zuge der Inflation die Preise für ihre Güter und Dienstleistungen deutlich stärker erhöht als es etwa die gestiegenen Energiepreise nötig gemacht hätten und so erhebliche Gewinne eingefahren (Dullien et al. 2023; Janssen/Lübker 2023).

Die Bundesregierung hat durchaus versucht, den Armen zu helfen und insgesamt drei Entlastungspakete geschnürt (für einen Überblick über alle Maßnahmen siehe Pieper et al. 2023, S. 25–26). All diese Maßnahmen haben gewirkt und Haushalte mit niedrigem Einkommen nachweislich entlastet (Dullien et al. 2023). Doch sie waren eben nicht mehr als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein und haben an den strukturellen Ursachen der wachsenden Ungleichheiten nichts geändert. Die Pandemie hat vor allem auch die Folgen unterschiedlicher Einkommenspositionen stärker hervortreten lassen: Arme sind etwa häufiger und schwerer an Corona erkrankt (Wachtler et al. 2020) und stärker von psychischen Belastungen betroffen (Heisig et al. 2021). Reiche hingegen, die meist über eine hohe Bildung verfügen, kamen mit Homeschooling besser zurecht (Dietrich et al. 2021). Personen mit einem großen finanziellen Polster, gesicherter Arbeit und guten Wohnbedingungen sind weitgehend unbeschadet durch die vergangenen Jahre gekommen. Für sehr viele Menschen am unteren Rand der Gesellschaft gilt das nicht. Sie mussten nicht nur zum Teil enorme finanzielle Einbußen hinnehmen, sie sehen sich auch seit Jahren mit großen Unsicherheiten konfrontiert und waren etwa während der Pandemie überdurchschnittlich stark von Ohnmachtsge-

¹³ Der Begriff „Superreiche“ wird hier ohne theoretische Reflexion, dem Bankenjargon folgend, für „High Net Worth Individuals“ verwendet, also für Personen mit einem frei verfügbaren Vermögen von mindestens eine Mio. Dollar.

¹⁴ Dies zeigen die Daten sogenannter „World Wealth Reports“ großer Finanzunternehmen. Es sind keine wissenschaftlichen Daten, sie sind aber zum jetzigen Zeitpunkt die einzig verfügbare Grundlage, um zu beleuchten, wie die Superreichen durch die Krisen gekommen sind. Bei Capgemini etwa ist für das Jahr 2021 von 1.633.000 „High Net Worth Individuals“ in Deutschland die Rede, ein Plus von 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das Gesamtvermögen dieser Gruppe stieg laut Capgemini zwischen 2020 und 2021 um 7,4 Prozent (World Wealth Report 2022: Nordamerika behält den Spitzenplatz bei Anzahl der Millionäre und deren Gesamtvermögen, Capgemini Germany). Für das Jahr 2022 weist der aktuelle Bericht dann ein um 2,2 Prozent niedrigeres Gesamtvermögen der Superreichen sowie einen zahlenmäßigen Rückgang dieser Gruppe um 1,3 Prozent aus (Köhler 2023), der aber den Anstieg der Vorjahre nicht wett macht.

fühlen betroffen (Hövermann 2021). Auch wenn die gesellschaftlichen Auswirkungen der vergangenen Krisen in ihrer Breite noch gar nicht abzuschätzen sind, deutet vieles darauf hin, dass sie die soziale Spaltung in Deutschland vertieft haben.

Vor diesem Hintergrund besitzen unsere Ergebnisse aus den Abschnitten 6 und 7 (für das Jahr 2021) besondere Relevanz: Personen in einkommensreichen Haushalten erleben keine materiellen Einschränkungen und können im Zweifelsfall auf finanzielle Reserven zurückgreifen. Sie machen sich meist auch keine Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation oder die Altersvorsorge und sind überwiegend mit ihrem Leben insgesamt zufrieden. Sowohl dauerhafte als auch temporäre Armut geht dagegen mit materiellen und subjektiven Einschränkungen einher. Die verfestigte Armut hebt sich jedoch in Bezug auf die Einschränkungen im Lebensstandard, die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation und die geringere Lebenszufriedenheit von allen anderen Gruppen ab. Dauerhaft Arme erleben zudem häufiger die Geringschätzung anderer Menschen, während vor allem Reiche sich häufig von anderen wertgeschätzt fühlen. Diese Befunde können Erklärungsbausteine dafür sein, dass sich auch das Vertrauen in Institutionen stark entlang des Einkommens unterscheidet. So genießen zentrale politische Institutionen und Akteure in Deutschland im Jahr 2021 zum Teil zu über 50 Prozent der dauerhaft Armen nur noch geringes Vertrauen, während dies in Bezug auf die Institutionen (also die Polizei, das Rechtssystem und den Bundestag) weniger als ein Fünftel der Reichen betrifft. Ganz aktuelle Studien (Hövermann/Kohlrausch 2022; Kohlrausch et al. 2023) deuten an, dass das Vertrauen in politische Institutionen insgesamt seither eher zurückgegangen ist. Umso klarer zeigen unsere Daten, wie sehr Einkommensungleichheiten an den Pfeilern unserer Demokratie rütteln können. Es ist daher dringend geboten, diesen Entwicklungen politisch entgegenzutreten. Die drängendsten Maßnahmen hierzu werden im Folgenden schlaglichtartig beleuchtet.

Armen Haushalten muss zunächst einmal finanziell geholfen werden. Wer seinen Lebensunterhalt ausschließlich oder im Wesentlichen mit Leistungen der Grundsicherung bestreiten muss (etwa Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter) braucht Regelbedarfe, die armutsfest sind, die also ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Hier wurde bei der Einführung des Bürgergeldes Anfang des Jahres die Chance nicht genutzt, die Regelsätze entsprechend anzuheben (Blank et al. im Erscheinen). Die geplante Einführung der Kindergrundsicherung sendet zwar ein positives Signal, wenn sie tatsächlich zu einer einfacheren Inanspruchnahme der Leistungen für Familien mit niedrigen Haushaltseinkommen führt. Inwiefern sie aber tatsächlich zur Reduzierung von Armut beitragen kann, hängt auch hier davon ab, ob die Höhe der Leistungen auf ein armutsfestes Niveau ange-

passt wird. Den zahlreichen Haushalten wiederum, die erwerbstätig aber trotzdem von Armut betroffen sind, ist mit all jenen Maßnahmen geholfen, die eine bessere Entlohnung auf der einen Seite und eine bessere Erwerbsbeteiligung auf der anderen Seite ermöglichen. Das sind zum einen eine deutliche Steigerung des Mindestlohnes (und nicht wie zuletzt eine Anhebung um lediglich 0,41 Euro). Ein zweites Bündel an Maßnahmen muss auf die Förderung sozialversicherungspflichtiger, angemessen entlohnter, sicherer Beschäftigungsverhältnisse gerichtet sein. Hierzu sind einzelfallorientierte Weiterqualifikationsmaßnahmen ebenso notwendig wie eine Stärkung der Tarifbindung. Eine deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein Ausbau des Kinderbetreuungsangebots sind wichtig, um gerade in Paarhaushalten mit Kindern eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile zu ermöglichen.

Am oberen Ende der gesellschaftlichen Hierarchie ist es wichtig, die Reichen und Superreichen über Steuern wieder mehr an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden die Reichen systematisch steuerlich entlastet. Zuletzt war es die Reform der Erbschaftsteuer im Jahr 2016, die es zahlreichen Superreichen ermöglicht, erhebliche Betriebsvermögen zu vererben, ohne dass darauf nennenswert Steuern entfallen. Die Lasten, die sich aus den aktuellen Krisen ergeben, müssen aber auch von den „starken Schultern“ mitgetragen werden, und dass insbesondere über eine deutlich stärkere steuerliche Beteiligung. Es gilt den Spitzensteuersatz wieder anzuheben, eine progressive Vermögenssteuer wieder einzuführen und die durchaus gewollten Schlupflöcher in der Erbschaftsteuer zu schließen. Dabei muss es bei der Vermögens- wie auch der Erbschaftsteuer hohe Steuerfreibeträge geben. Es geht nicht darum, die Steuern für die Mitte der Gesellschaft zu erhöhen; es sind die Reichen und Reichsten dieser Gesellschaft, die einen größeren Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten müssen. Solche Maßnahmen erhöhen die Legitimitätsbasis unserer Demokratie, indem sie die Lasten der Krisen gerechter verteilen – ein entscheidender Baustein dafür, das Vertrauen in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung wieder zu stärken.

Das Auseinanderklaffen der Lebensrealitäten von Armen und Reichen ist eine schwere Hypothek für unsere Gesellschaft. Dies gilt umso mehr noch in einer Situation, in der Deutschland vor seiner sicher größten Herausforderung seit langem steht – der Bewältigung der Klimakatastrophe. Um den aktuellen, wie auch den zukünftigen politischen Herausforderungen gut begegnen zu können, ist das Land mehr denn je auf ein funktionierendes demokratisches Miteinander und ein solides Vertrauen in politische Institutionen angewiesen. Das aber setzt voraus, dass alle Bevölkerungsgruppen, Arme wie Reiche, voll an der Gesellschaft teilhaben können und die Lasten der Krisen gerecht verteilt werden.

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023):** Regionaler Sozialbericht Berlin-Brandenburg, Berlin
- Becker, I./Schmidt, T./Tobsch, V. (2022):** Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive – Bericht zum ersten Modul des Projekts „Materielle Teilhabe im Lebensverlauf“. Hans-Böckler-Stiftung: Study 472, Juli 2022, Düsseldorf
- Beznoska, M./Niehues, J./Stockhausen, M. (2020):** Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Coronapandemie – eine Mikrosimulationsanalyse. Institut der deutschen Wirtschaft: IW Report Nr. 65, Dezember 2020, Köln
- Bienstman, S. (2023):** Does Inequality Erode Political Trust?, in: *Frontiers in Political Science* 5
- Bienstman, S./Hense, S./Gangl, M. (2023):** Explaining the ‘Democratic Malaise’ in Unequal Societies: Inequality, External Efficacy and Political Trust, in: *European Journal of Political Research*, Early View
- Biewen, M./Juhász, A. (2012):** Understanding Rising Income Inequality in Germany, 1999/2000–2005/2006, in: *Review on Income and Wealth* 58 (4), S. 622–647
- Blank, F./Schäfer, C./Spannagel, D. (2023):** Signal-Störung der Ampel bei der Grundsicherung? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report, Düsseldorf (im Erscheinen)
- Böhnke, P./Groh-Samberg, O./Giesecke, J./Kleinert, C./Konietzka, D./Leuze, K./Pollack, R. (2023):** Soziale Ungleichheit, Informationen zur politischen Bildung Nr. 354, 1/2023, Bonn
- Braband, C./Consiglio, V. S./Grabka, M. M./Hainbach, N./Königs, S. (2022):** Disparities in Labour Market and Income Trends during the First Year of the Covid-19 Crisis. Evidence from Germany, hrsg. von OECD, Bertelsmann Stiftung, DIW ECON, Gütersloh
- Brülle, J./Gangl, M. (2023):** Verfestigung von Armut und die zunehmende Bedeutung von Pfadabhängigkeiten im Lebenslauf, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 75 (1), S. 1–35
- Dietrich, H./Patzina, A./Lerche, A. (2021):** Social Inequality in the Home-schooling Efforts of German High School Students during a School Closing Period, in: *European Societies* 23 (sup1), S. 348–369
- Dullien, S./Herzog-Stein, A./Stein, U. (2023):** Gewinnflation: Realität oder Fata Morgana? Die Rolle der Gewinnentwicklung für die aktuelle deutsche Inflation. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 185, September 2023, Düsseldorf
- Dullien, S./Rietzler, K./Tober, S. (2023):** Nettoeinkommen der Arbeitnehmenden: Spürbare Kaufkraftlücke trotz kräftiger staatlicher Entlastung. Zusammenfassende Bewertung von Lohnerhöhungen, fiskalischer Entlastung und Inflation 2022 und 2023. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 151, Juni 2023, Düsseldorf
- Dullien, S./Tober, S. (2023):** IMK Inflationsmonitor. Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Mai 2023 deutlich geringer. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 152, Juni 2023, Düsseldorf
- Elsässer, L./Hense, S./Schäfer, A. (2016):** Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015: Endbericht, Lebenslagen in Deutschland, Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Fitzenberger, B./Seidlitz, A. (2020):** Die Lohnungleichheit von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland: Rückblick und Überblick, in: *ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 14 (2), S. 125–143
- Giesecke, J./Heisig, J.P./Solga, H. (2015):** Getting more Unequal: Rising Labor Market Inequalities Among Low-skilled Men in West Germany, in: *Research in Social Stratification and Mobility* 39, S. 1–17
- Goebel, J./Grabka, M. M./Liebig, S./Kroh, M./Richter, D./Schröder, C./Schupp, J. (2019):** The German Socio-Economic Panel (SOEP), in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239 (2), S. 345–360
- Grabka, M. M. (2021):** Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, in: *DIW Wochenbericht* 18/2021, S. 307–316
- Grabka, M. M./Schupp, J. (2022):** Etwa 1,1 Millionen Menschen in Deutschland besuchen Tafeln – vor allem Alleinerziehende und Getrenntlebende überdurchschnittlich häufig, in: *DIW Wochenbericht* 39, S. 499–505
- Groh-Samberg, O. (2014):** No Way Out. Dimensionen und Trends der Verfestigung der Armut in Deutschland, in: *Sozialer Fortschritt* 63 (12), S. 307–315
- Heisig, J. P./König, C./Löbl, S. (2021):** Ängste, Sorgen und psychische Gesundheit in der Coronapandemie, in: *Badura, B./Ducki, A./Schröder, H./Meyer, M. (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2021: Betriebliche Prävention stärken – Lehren aus der Pandemie*, Berlin/Heidelberg, S. 149–161
- Hertel, F. R. (2020):** Sozialstrukturelle Veränderungen und Ungleichheit in der deutschen Klassengesellschaft, in: *WSI-Mitteilungen* 73 (3), S. 155–64, https://www.boeckler.de/data/wsimit_2020_03_hertel.pdf
- Hövermann, A. (2021):** Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmymen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 61, Oktober 2021, Düsseldorf
- Hövermann, A./Kohlrausch, B. (2022):** Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 73, März 2022, Düsseldorf
- Janssen, T./Lübker, M. (2023):** Europäischer Tarifbericht des WSI – 2022/2023. Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 86, Juli 2023, Düsseldorf

Köhler, P. (2023): Zahl der Millionäre ist 2022 gesunken, Handelsblatt online vom 01.06.2023, <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/world-wealth-report-zahl-der-millionaere-ist-2022-gesunken/29175030.html>

Kohlrausch, B./Zucco, A./Hövermann, A. (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf

Kohlrausch, B./Hövermann, A./Emmler, H. (2023): Neue Befragungsergebnisse: Fast die Hälfte der Erwerbspersonen macht sich große Sorgen um sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, Pressemitteilung 14.09.2023, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Lübke, C. (2019): Leben wir in einer Angstgesellschaft? Die Verbreitung von persönlichen und gesellschaftsbezogenen Sorgen in Deutschland, in: Lübke, C./Delhey, J. (Hrsg.): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen, Bielefeld, S. 29–58

Möller, J. (2015): Did the German Model Survive the Labor Market Reforms?, in: Journal for Labour Market Research 48 (sup2), S. 151–168

Pieper, J./Schneider, U./Schröder, W./Stilling, G. (2023): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022, aktualisierte 2. Aufl., Paritätischer Gesamtverband, Berlin

Polavieja, J. (2013): Economic Crisis, Political Legitimacy, and Social Cohesion, in: Gallie D. (Hrsg.): Economic Crisis, Quality of Work and Social Integration: The European Experience, Oxford, S. 256–278

Schneickert, C./Delhey, J./Streckermeier, L. C. (2019): Eine Krise der sozialen Anerkennung? Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Alltagserfahrungen der Wert- und Geringschätzung in Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 71 (4), S. 593–622

Spannagel, D./Molitor, K. (2019): Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 53, Oktober 2019, Düsseldorf

Spannagel, D./Zucco, A. (2022): Armut grenzt aus. WSI-Verteilungsbericht 2022. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 79, November 2022, Düsseldorf

Statistisches Bundesamt (2023): Die Neuregelung des Mikrozensus ab 2020, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus-2020.html#529996> (letzter Zugriff: 08.09.2023)

Task Force FGZ-Datenzentrum (2022): Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland, SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bremen

Wachtler, B./Michalski, N./Nowossadeck, E./Diercke, M./Santos-Hövenner, C./Lampert, T./Hoebel, J. (2020): Sozioökonomische Ungleichheit und COVID-19. Eine Übersicht über den internationalen Forschungsstand, in: Journal of Health Monitoring 5 (S7), S. 3–18

Wilkinson, R./Pickett, K. (2009): The Spirit Level: Why Equality Is Better for Everyone, London

GLOSSAR

Einkommensarmut: Personen, die in Haushalten leben, die über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es weniger als 50 Prozent spricht man von strenger Armut.

Einkommensreichtum: Personen, die in Haushalten leben, die über mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens verfügen; sind es mehr als 300 Prozent spricht man von großem Reichtum.

Erwerbseinkommen: Löhne und Gehälter, die auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden.

Gini-Koeffizient: Er gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen Null und Eins annehmen. Null steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert Eins für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles).

Markteinkommen: Haushaltseinkommen, welches auf dem Arbeitsmarkt oder anderen Märkten erzielt wird. Steuern, Abgaben und Transferleistungen werden hier nicht berücksichtigt.

Medianeinkommen: Der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstnutzten Wohnraum – in Preisen von 2015 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert.

Verfügbares Haushaltseinkommen oder verfügbares Einkommen: Synonym verwendet für verfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen.

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 90, November 2023
WSI Verteilungsbericht 2023

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

Dr. Jan Brülle
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-636

jan-bruelle@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)